

Erste Erfahrungen mit der Politik der neuen Großen Koalition

Die neue Große Koalitionsregierung lobt die Tarifeinigung in der fleischverarbeitenden Industrie und hat der Branche eine Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz in Aussicht gestellt, d.h. sie soll nach den Regeln des Entsendegesetzes für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Damit soll der zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) ausgehandelte Mindestlohntarifvertrag für alle 80.000 Beschäftigte bindend werden – besonders auch für osteuropäische Werkvertragsarbeiter, die in hiesigen Schlachthöfen für Subunternehmen der deutschen Fleischhersteller tätig sind und mit Schandlöhnen und unmenschlichen prekarierten Arbeitsverhältnissen als moderne Lohnsklaven gehalten werden.

Die Vereinbarung liege auf der Linie dessen, was die Regierungskoalition zum Mindestlohn vereinbart habe, so der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU im Bundestag, Peter Weiß.

Die Vereinbarung sieht vom 1. Juli an einen bundesweiten tariflichen Mindestlohn von 7,75 Euro je Stunde vor, der dann zum 1. Dezember 2014 auf 8 Euro, zum 1. Oktober 2016 auf 8,60 und bis Dezember 2017 auf 8,75 Euro steigen soll. (Dabei wird im Jahr 2017 der von der Großen Koalition angestrebte gesetzliche Mindestlohn von 8,50 je Stunde einer heutigen Kaufkraft von etwa 7,85 Euro

entsprechen). Der in der fleischverarbeitenden Industrie vereinbarte Mindestlohn liegt auch mit 8,75 Euro im Dezember 2017 noch deutlich unterhalb der heutigen Niedriglohngrenze in Deutschland von 9,15 Euro.

D.h., für vier Jahre, bis Dezember 2017, Aussetzung des Kampfes für den allgemeinverbindlichen gewerkschaftlichen Flächentarifvertrag, der „anständigen“ Lohn garantiert.

Der Mindestlohn ist kein wirkungsvolles Mittel zur Armutsbekämpfung, schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 15.1. in ihrem Kommentar zur Tarifeinigung in der Fleischindustrie: „Auch 8,50 Euro pro Stunde ermöglichen letztlich nur ein Leben am Existenzminimum. Und erst recht ist damit eine angemessene Vorsorge für das Alter nicht möglich“.

Mit diesem Ergebnis zeigt sich, dass der von der Regierung beabsichtigte Mindestlohn schon heute als Lohnleitlinie dazu dient, den Kampf für einen gewerkschaftlichen Flächentarifvertrag zu disziplinieren und im Niedriglohnbereich festzuhalten.

Dabei machen die Arbeitgeberverbände klar, dass selbst solche Lohnanhebungen kompensiert werden müssen, z.B. durch Senkung der Lohnkosten an anderer Stelle über die Erpressung von Abweichungen und Tariffucht aus den Flächentarifverträgen. So wie sie es im Einzelhandel vorexerziert haben mit der Durch-

setzung einer neuen Niedriglohngruppe für KollegInnen, die zuvor als Werkvertragsnehmer beschäftigt waren und nun zum Niedriglohntarif in den Flächentarifvertrag integriert werden.

Oder wie es die Praktiken bei Amazon zeigen, wo einem großer Teil der Beschäftigten Armutslöhne und völlig rechtlose Arbeitsverhältnisse zugemutet werden, und die mit den Mitteln des Streikbruchs und der massiven Erpressung der Kollegen die seit mehreren Monaten andauernden Streikaktionen der Kollegen bekämpfen, weil sie Verhandlungen mit ver.di für einen Flächentarifvertrag der entsprechenden Branche des Einzel- und Versandhandels verweigern (s. S. 9-10).

Das Beispiel der Tarifeinigung in der fleischverarbeitenden Industrie demonstriert allen Arbeitnehmern, dass die „Korrekturen“ an der Agenda-Politik, für die besonders der beabsichtigte gesetzliche Mindestlohn steht, - so die SPD-Führung, unterstützt von der Gewerkschaftsführung - , kompensiert werden durch die Fesselung der Arbeitnehmer an Armutslöhne, das Vorantreiben der Erosion der Flächentarifverträge und die Ausweitung von Lohndumping und Minijobs an anderen Stellen.

Diese Fragen stehen im Zentrum der bundesweiten Arbeitnehmerkonferenz am 15. Februar in Berlin.

Carla Boulboulé

Paris, Samstag/Sonntag, 1./2. März 2014: Europäische Arbeiterkonferenz

In ihrer Antwort auf den Vorschlag der Unabhängigen Arbeiterpartei Frankreichs (POI) haben Kollegen aus Deutschland geschrieben:

„Liebe Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen,

(..) Wir nehmen teil am Kampf von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in der SPD für das Nein zum Gang der SPD in die Große Koalition.

Wir kämpfen in den Gewerkschaften (...) für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Organisationen, (..) gegen die Unterwerfung der Gewerkschaftsführung unter die EU-Diktate der Austerität, der Wettbewerbsfähigkeit und der Senkung der Kosten der Arbeit.

Anlässlich der Europawahlen am 25. Mai 2014 bereitet sich in jedem Land und auf europäischer Ebene eine ganz große Koalition vor für die Verteidigung und Rettung des Euro, der EU und ihrer Institutionen, einschließlich des EU-Parlaments. Diese ganz große Koalition schließt in Deutschland die Partei »Die Linke« ein, und auf europäischer Ebene die »Europäische Linke« und ihre Fraktion im EU-Parlament (...), die auf ihre „kritische“ Weise die EU mit Forderungen nach sozialen und demokratischen Reformen begleiten.

Unser gemeinsames Ziel hingegen ist der vereinte Kampf der

Arbeiter und ihrer Organisationen, auf der Grundlage ihrer Unabhängigkeit, der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Völker Europas, auf der Grundlage der Solidarität, für ein freies Bündnis der von den Diktaten der EU und ihrer Verträge befreiten und souveränen Völker und Nationen Europas. Von der Europäischen Konferenz muss ein entsprechendes, wirksames Signal und die Organisation einer europaweiten gemeinsamen breiten Kampagne um diese Achse ausgehen (...)

Mit solidarischen Grüßen

H.-W. Schuster (ver.di-VM, SPD, AfA-Unterbezirksvors. Düsseldorf), Gotthard Krupp (ver.di-Bezirksvorst., SPD, AfA-Landesvorst. Berlin, Paul Paternoga (IG Metall, ehem. Betriebsratsvorsitzender, SPD, AfA,) Henning Frey (GEW, PR. SPD); Matthias Cornely (IG Metall Köln-Leverkusen, SPD, AfA)

6. November 2013

Die Konferenz beginnt um 11.30 Uhr, Samstag, 1. März und endet um 13.30 Uhr am Sonntag, 2. März

Weitere Informationen und Anmeldung über die Redaktion.